



Blickpunkt Brüssel



## Großbritanniens Igel-Taktik

---

Vanessa Meißner

Oktober  
2015



## Großbritanniens Igel-Taktik

Europa ist überfordert. Überfordert mit der menschenwürdigen Unterbringung von Flüchtlingen aus Kriegsgebieten wie Syrien, Irak und dem afrikanischen Raum. Die Reaktion der Eurostaaten auf diese Situation ist jedoch - milde ausgedrückt - uneinheitlich. Während die Politiker einiger Länder versuchen Versäumnisse der Vergangenheit aufzuholen und bei der Bevölkerung um Verständnis und Empathie werben, schotten sich andere Staaten zunehmend ab. Dies widerspricht nicht nur dem (inner-)europäischen Gedanken der Solidarität, sondern ist gleichzeitig auch ein fatales Signal an die eigene Bevölkerung. Ängste werden so geschürt, Fakten treten oft in den Hintergrund.

Der britische Premierminister David Cameron sprach jüngst von einem „swarm of refugees“, einem Schwarm von Flüchtlingen also, der sich auf Großbritannien zubewegt. Doch warum wählt Cameron einen solchen Begriff, der eine Assoziation mit Insekten Schwärmen nahe legt? Und wie können derartige Worte bei einer Bevölkerung Anklang finden, die jahrzehntelang stolz war, auf den Ruf als traditionelles Einwanderungsland?

Großbritannien hat als Zuwanderungsland einstmals große Erfolge gefeiert und der Welt gezeigt wie Integration funktionieren kann. Als Folge der kolonialen Vergangenheit, kamen viele hunderttausend Immigranten aus dem früheren Commonwealth ins Land. Und auch auf die EU-Osterweiterung hat die britische Regierung sehr positiv reagiert, verfolgte gar von allen EU-Staaten die wahrscheinlich liberalste Einwanderungspolitik. Statt der erwarteten 30.000 kamen mehr als 400.000 Einwanderer ins Land, negative Auswirkungen blieben weitgehend aus. Die Einwanderer schlossen Lücken auf dem Arbeitsmarkt, es konnte ein Rückgang der Arbeitslosigkeit und ein Anstieg der Wirtschaftstätigkeit verzeichnet werden.<sup>1</sup>

Doch die Jahre der Liberalität und der sog. „stakeholder society“ unter Tony Blair und seinem Nachfolger Gordon Brown sind zu Ende. Heute ist die britische Einwanderungspolitik eine andere.

---

<sup>1</sup>Eddie Wright, <http://www.arte.tv/de/grossbritannien-erntet-die-fruechte-der-immigration-aber-wie-lange-noch/1395876,CmC=1395866.html> (13.10.2015); <http://www.welt.de/politik/deutschland/article123536916/Wo-Fakten-und-Vorurteile-einander-widersprechen.html> (13.10.2015) ; [http://www.euractiv.com/enlargement/enlargement-beneficial-uk-economy/article-159940?\\_utma=1.934082164.1443089761.1443089761.1444748403.2&\\_utmb=1.1.10.1444748403&\\_utmcc=1&\\_utmx=-&\\_utmz=1.1444748403.2.2.\\_utmcsr=arte.tv|utmccn=%28referral%29|utmcmd=referral|utmctt=/de/grossbritannien-erntet-die-fruechte-der-immigration-aber-wie-lange-noch/1395876,CmC=1395866.html&\\_utmv=-&\\_utmk=230349852](http://www.euractiv.com/enlargement/enlargement-beneficial-uk-economy/article-159940?_utma=1.934082164.1443089761.1443089761.1444748403.2&_utmb=1.1.10.1444748403&_utmcc=1&_utmx=-&_utmz=1.1444748403.2.2._utmcsr=arte.tv|utmccn=%28referral%29|utmcmd=referral|utmctt=/de/grossbritannien-erntet-die-fruechte-der-immigration-aber-wie-lange-noch/1395876,CmC=1395866.html&_utmv=-&_utmk=230349852) (13.10.2015)



Nach den Unterhauswahlen 2010 konnte die Conservative Party unter der Führung David Camerons zunächst eine große Koalition mit den Liberal Democrats bilden. Bei den Unterhauswahlen 2015 gelang es der Conservative Party sogar, die absolute Mehrheit zu erreichen.

Und so ist heute der Weg geebnet für die Verabschiedung eines neuen Einwanderungsgesetzes, das im Herbst ins Parlament eingeführt werden soll. Dieses Gesetz wird es illegalen Einwanderern schwer machen im Land zu bleiben. Der Gesetzesentwurf sieht vor, dass sich Vermieter künftig den Aufenthaltsstatus von Einwanderern vorlegen lassen und sich vor einer Neuvermietung zunächst eine Bestätigung der Behörden erteilen lassen müssen. Ferner soll die finanzielle Unterstützung für abgelehnte Asylbewerber gestrichen werden. Banken sollen illegalen Einwanderern künftig Konten verweigern. Behörden dürfen keine Führerscheine für sie ausstellen. Die wohl tiefgreifendste Änderung soll es bezüglich der Abschiebungsregeln geben. So sollen Ausländer bei Straffälligkeit beispielsweise sofort deportiert werden und juristische Einsprüche erst im Nachhinein vom Ausland aus stellen dürfen. Außerdem sollen sie nur noch vier Widerspruchsründe statt der bisher möglichen 17 anführen können. Die Richter sollen darüber hinaus angehalten werden, das in Art. 8 EMRK verankerte Recht auf Zusammenleben mit Familienangehörigen enger auszulegen.

Am deutlichsten zeigt sich die britische Abschreckungs- und Abschirmungspolitik jedoch am Eurotunnel, wo zahlreiche Menschen auf eine Flucht nach England hoffen. Großbritannien verschärft nun seine Kontrollen, außer den zusätzlichen Zäunen und Hunden soll die Grenzsicherheit auch noch mit weiteren Sicherheitskräften, Überwachungskameras, Infrarotdetektoren und Flutlichtern verstärkt werden.

Durch ein Abkommen zwischen Frankreich und Großbritannien soll ein gemeinsames Kommando- und Kontrollzentrum in Calais eingerichtet werden. Die Polizeibehörden beider Länder sollen kooperieren, um eine Flucht durch den Tunnel zu erschweren und Schlepperbanden zu fassen.

Mit Hilfe aggressiver Rhetorik versuchen britische Politiker von einer Flucht nach Großbritannien abzuschrecken. Nach den Worten von Innenministerin Theresa May und ihrem Staatssekretär geht es vor allem darum, den Migrant\*innen einen Irrglauben auszutreiben. „Unsere Straßen sind nicht mit Gold gepflastert“, schrieb May in einem Beitrag zusammen mit ihrem französischen Kollegen Bernard Cazeneuve im „Sunday Telegraph“. Eine Flucht nach Großbritannien sei nicht von „finanziellem Vorteil“. Mays Staatssekretär ergänzte, man wolle den Flüchtlingen beibringen, dass Großbritannien kein Land sei, wo Milch und Honig fließen.

Eines ist klar: Willkommenskultur sieht anders aus. Und das obwohl diese Art von Politik der britischen Mentalität eigentlich deutlich widerspricht.



Im Jahr 2014 hat Großbritannien gerade einmal 143 syrische Flüchtlinge aufgenommen. Erst nachdem Ende August und Anfang September 2015 Hunderttausende Flüchtlinge nach Deutschland und in andere europäische Länder kamen und Europa sichtlich bewegt war, von dem Bild eines vierjährigen syrischen Jungen, der vor der türkischen Küste ertrank und dessen lebloser Körper an Land getrieben wurde, machte Cameron ein kleines Zugeständnis an Europa und gab an, 15.000 syrische Flüchtlinge aufnehmen zu wollen. Jedoch sollen dies ausschließlich Flüchtlinge aus UN-Lagern in den Nachbarländern Syriens, wie der Türkei und dem Libanon, sein. Für all jene, die es bereits nach Europa oder gar bis nach Calais geschafft haben, besteht weiterhin keine Hoffnung auf Asyl.

Doch wie lässt sich diese Politik erklären und warum haben die Briten eine solche Angst vor mehr Einwanderern?

Zunächst einmal lässt sich feststellen, dass die Flüchtlingsproblematik die Briten sehr beschäftigt. Einer aktuellen Umfrage von YouGov UK zufolge sind 71 % der Briten der Ansicht, Immigration sei das größte Problem, dem sich ihr Land momentan ausgesetzt sieht.<sup>2</sup>

Dieser Umfrage nach sind nur 36 % der Briten der Meinung, Großbritannien solle noch mehr syrische Flüchtlinge aufnehmen. Hingegen finden 51 %, man solle genauso viele wie bisher, weniger oder gar keine syrischen Flüchtlinge aufnehmen. Weitere 13 % gaben an, hierzu keine Meinung zu haben.

Doch nicht nur Syrer sind auf der Flucht, auch hunderttausende Menschen aus Afghanistan, dem Kosovo, Eritrea und anderen Ländern sind auf der Suche nach einer neuen Heimat. Auf diese Flüchtlinge angesprochen sind sogar nur 28 % der Briten der Ansicht, man solle mehr aufnehmen, wohingegen sich 60 % dagegen aussprachen.

Eine weitere Umfrage von „The Mail on Sunday“ vom 06.09.2015 bestätigt diese Auffassung in der Bevölkerung.<sup>3</sup> Demnach sind 45 % der Bevölkerung der Ansicht, Großbritannien solle 1.000 oder weniger syrische Flüchtlinge aufnehmen, wovon 29 % der Auffassung sind, Großbritannien solle sogar gar keine Flüchtlinge aufnehmen. Nur 21 % meinen, Großbritannien solle 10.000 oder mehr Flüchtlinge aus Syrien aufnehmen. Außerdem gaben 34 % der Befragten an, sie wären nicht erfreut, falls eine syrische Familie in ihre Nachbarschaft zöge, wohingegen nur 16 % sagten, sich darüber freuen zu können.

<sup>2</sup> <https://yougov.co.uk/news/2015/09/06/no-increase-syrian-refugee-numbers/> (20.10.2015)

<sup>3</sup> <http://www.dailymail.co.uk/news/article-3223674/Britain-wants-quit-Europe-Shock-new-poll-shows-EU-no-camp-ahead-time-Cameron-prepares-face-Tory-rebels.html> (20.10.2015)



Ein Großteil dieser Ressentiments ist vermutlich auf etwas einseitige Berichterstattung in den britischen Medien zurückzuführen. Ende Juli berichteten britische Medien beispielsweise an die 2000 Flüchtlinge haben den Tunnel stürmen wollen, damit für ein Verkehrschaos gesorgt und britische Urlauber an einer Weiterreise gehindert.<sup>4</sup> Am 3.10.2015 wurde wiederum berichtet rund 200 Flüchtlinge haben in der Nacht den Eurotunnel gestürmt und dabei den Zugverkehr lahmgelegt.<sup>5</sup> Der Zugverkehr habe mehrere Stunden eingestellt werden müssen. Erst am nächsten Vormittag haben die Züge mit rund 90 Minuten Verspätung wieder eine der beiden Tunnelröhren befahren können, hieß es nach Angaben des Tunnelbetreibers.

Nahezu unbekannt in der Bevölkerung ist jedoch die Tatsache, dass Staus rund um den Eurotunnel eher verkehrstechnischer Natur sind. Der Eurotunnel und der Hafen von Dover nehmen zusammen rund 90 % des Handelsverkehrs zwischen Zentraleuropa und dem Vereinigten Königreich auf. Unzählige Lkw drängen sich Tag für Tag durch das Nadelöhr in der sogenannten supply chain am Ärmelkanal. Treten beispielsweise schlechtes Wetter, Feuergefahr, Entgleisungen oder Streiks bei Hafenarbeitern hinzu, ist der Eurotunnel schnell überlastet und Staus vorprogrammiert. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang auch, dass es „Operation Stack“, ein Programm der Polizei von Kent sowie des Hafens von Dover, zur Drosselung des Verkehrs bei Überlastung, schon seit 1988 gibt. Dabei werden Lkw auf einer Autobahnspur oder der Standspur abgestellt. Bereits bis 2007 wurde „Operation Stack“ ganze 74 Mal angewendet. Ein zweiter oder dritter Tunnel wäre notwendig, um das Verkehrsaufkommen zuverlässig zu regeln. Nur wird hiervon in den britischen Medien meist nichts berichtet. So kommt es, dass die meisten Briten den Flüchtlingen die Schuld geben, wenn sie die am Fahrbahnrand abgestellten Fahrzeuge sehen.

Auch die Anti-EU Bewegung, die momentan in allen Staaten Europas zu beobachten ist, stellt einen guten Nährboden für die ablehnende Haltung gegenüber Flüchtlingen dar.

In Großbritannien mobilisiert die EU-feindliche UKIP-Partei (United Kingdom Independence Party) gegen Einwanderer mit Thesen wie „Das Boot ist voll“ oder „Wir müssen zunächst an die eigenen Leute denken“. Zwar konnte die Partei bei den Unterhauswahlen 2015 nicht genug Stimmen einfahren, um ins Parlament zu ziehen und der Vorsitzende Nigel Farage trat daraufhin zurück. Ein starker Einfluss auf die Einwanderungsgesetzgebung lässt sich der rechtsgerichteten Partei jedoch dennoch nicht absprechen.

<sup>44</sup> <https://www.rt.com/news/311012-migrants-storm-calais-eurotunnel/> (20.10.2015); <http://www.ibtimes.co.uk/calais-crisis-2000-migrants-storm-eurotunnel-causing-travel-chaos-1513042> (20.10.2015); <http://www.dailymail.co.uk/news/article-3176965/Holidaymakers-face-travel-misery-latest-wave-migrant-chaos-sparks-hour-long-delays-Eurotunnel-Operation-Stack-causes-gridlock-Kent.html> (20.10.2015)

<sup>5</sup> <http://www.express.co.uk/news/uk/609632/Channel-Tunnel-Eurotunnel-Eurostar-delays-migrant-crisis-large-scale-intrusion> (20.10.2015); <http://www.bbc.com/news/uk-34124923> (20.10.2015)



Eine Studie der Konrad-Adenauer Stiftung aus dem Jahr 2013 zum Aufstieg rechts- und nationalpopulistischer Parteien in Europa<sup>6</sup> kommt zu dem Schluss, dass die Parolen rechtspopulistischer Parteien inzwischen auch auf die Linie der Regierungen in Großbritannien, Frankreich und Dänemark abgefärbt haben. Es sei erkennbar, dass sich „Ton und Inhalte in der Einwanderungs- und Grenzkontrollpolitik“ „verschärft haben“. „Ohne den anhaltenden Druck von rechts wäre dies so nicht passiert“.

So hat sich David Cameron seit 2010 deutlich nach rechts bewegt. Vor allem in der Einwanderungspolitik machte die UKIP auf der Insel am lautesten Stimmung für die Rückverlagerung von Zuständigkeiten von der EU-Ebene auf die nationale Ebene und kritisierte vor allem die Einwanderung aus osteuropäischen Staaten, womit die Partei ihrer Anti-EU-Stoßrichtung treu bleibt. Die Parolen der UKIP finden sich inzwischen auch in der Regierungspolitik wieder, sowohl in Gesetzgebung als auch Rhetorik. Selbst die bis Mai 2015 mitregierenden Liberaldemokraten unter Nick Clegg laufen bei der Einwanderungspolitik inzwischen der UKIP hinterher, so brüstete sich Nick Clegg nach den letzten Parlamentswahlen 2010 damit, die Immigrationsrate um ein Drittel gesenkt zu haben.

Für das Jahr 2016 plant Cameron ein Referendum über den Verbleib seines Landes in der Europäischen Union abzuhalten. Die Flüchtlingskrise könnte bei dieser Abstimmung zum entscheidenden Faktor werden. Der bereits angesprochenen Umfrage von „The Mail on Sunday“ zufolge, sprach sich Anfang September 2015 mit 51 % erstmals die Mehrheit der Briten für einen Ausstieg aus der Europäischen Union aus. Eine Umfrage von Juli ergab noch einen Stand von 54 % für das Pro-Europäische Lager. Außerdem sagten 68 % derjenigen, die momentan für einen Verbleib in der EU stimmen würden, sie könnten ihre Meinung noch ändern, falls die Flüchtlingskrise schlimmer werde.

Auch die EU übt Druck auf Cameron aus und Regierungschefs wie Angela Merkel oder der österreichische Bundeskanzler Werner Faymann äußern sich kritisch in Bezug auf Großbritanniens Flüchtlingspolitik. So sagte Angela Merkel beispielsweise: „Alle müssen die Verantwortung für die Flüchtlinge teilen, insbesondere die Länder, die sich das leisten können.“ Faymann äußerte sich noch kritischer und wird im „Daily Telegraph“ mit folgendem Satz zitiert: „Wenn ich an die Briten denke, die ihren eigenen Katalog an Forderungen haben – warum sollten wir irgendetwas ihnen zuliebe tun? Denn Solidarität, das muss man sagen, ist keine Einbahnstraße.“

Ob den Politikern wohl bewusst ist, was sie mit solchen Äußerungen in der britischen Bevölkerung kurz vor einem EU-Referendum bewirken könnten? Sie sollten vielleicht bedenken, dass die Auswirkungen eines „Brexit“ momentan kaum abzusehen sind.

---

<sup>6</sup> [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_36200-544-1-30.pdf](http://www.kas.de/wf/doc/kas_36200-544-1-30.pdf) (27.10.2015)



# Blickpunkt Brüssel



Es lässt sich nur vermuten, welche fatale Folgen ein solcher Austritt für ganz Europa haben kann.

Die Flüchtlingskrise stellt Europa wohl vor die größte Zerreißprobe seiner Geschichte. Die Immigrationsdebatte befindet sich in Großbritannien schon seit einiger Zeit auf dem Siedepunkt und beschäftigt die Bevölkerung mindestens so stark wie auch hierzulande. Cameron befindet sich in einem Spannungsfeld zwischen den Erwartungen und Ängsten seines Volkes einerseits und den Rufen nach Solidarität der europäischen Staaten andererseits. Doch bis zur Abstimmung kann noch viel passieren. Ob diese Krise tatsächlich das Ende Großbritanniens als Teil der EU einleitet, oder ob es doch noch einen Umschwung gibt, wird sich in naher Zukunft zeigen.